



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Mag. Robert Krotzer

Dienstag, 21. April 2015

Fragestunde für die Gemeinderatssitzung am 23. April 2015

An Herrn Stadtrat Kurt Hohensinner, MBA

Betrifft: Zugang zur Rot-Weiß-Rot-Card für StudienabsolventInnen erleichtern

Sehr geehrter Herr Stadtrat!

Die Rot-Weiß-Rot-Card ermöglicht drittstaatsangehörigen AbsolventInnen von österreichischen Universitäten und Fachhochschulen den legalen Verbleib in Österreich und den Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt.

Derzeit sieht die Regelung eine Reihe von unnötigen Hürden, die den Zugang zur RWR-Card erschweren, vor. So bleibt nach Abschluss des Studiums lediglich eine Frist von sechs Monaten um ein, den Kriterien der RWR-Card entsprechendes, Arbeitsverhältnis zu finden. Während dieser Frist darf auch keiner anderen Beschäftigung zur Finanzierung des Lebensunterhalts nachgegangen werden. Zudem entspricht die gegenwärtig bedauerlicherweise übliche Entlohnung vieler Arbeitsverhältnisse für AkademikerInnen nicht den hohen Mindestanforderungen, die die RWR-Card stellt. Derzeit sind dies 45 Prozent der ASVG-Höchstbeitragsgrundlage und liegt damit bei einem Mindestbruttoeinkommen von 2092,50 – ein für viele StudienabsolventInnen auch ohne RWR-Card in weiter Ferne liegendes Einkommen! Hinzu kommt erschwerend, dass dieses Einkommen nicht aus mehreren Arbeitsverhältnissen stammen darf.

Aus den genannten Gründen stelle ich an Sie folgende

Frage:

Sind Sie als Integrationsstadtrat bereit, sich in Gesprächen mit Land und Bund für Erleichterungen bei den Kriterien der Vergabe der RWR-Card einzusetzen, um es so jungen Menschen, die in der Stadt Graz studiert haben, einfacher zu ermöglichen, hier auch einer Beschäftigung nachzugehen?



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

KPÖ-Gemeinderätin Mag.^a Ulrike Taberhofer

Dienstag, 21. April 2015

Fragestunde für die Gemeinderatssitzung am 23. April 2015

An Frau Bürgermeisterstellvertreterin Stadträtin Dr.ⁱⁿ Martina Schröck

Betrifft: Arbeitsaufwand – Ausstellung der SozialCard

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterstellvertreterin Stadträtin Dr.ⁱⁿ Martina Schröck!

Die SozialCard in Graz ist eine wichtige Maßnahme für Menschen mit geringem Einkommen, um Ermäßigungen bei Gebühren und Abgaben sowie vergünstigte Tarife bei den Holding Graz Linien und diversen Freizeit- und Kultureinrichtungen zu ermöglichen. Da der Anteil der Menschen in unserer Stadt, die aufgrund ihrer prekären Situation anspruchsberechtigt sind, steigend ist, wirkt sich das auch auf den Arbeitsaufwand der Mitarbeiterinnen im Sozialamt aus, die die SozialCard ausstellen.

Deshalb stelle ich an Sie, sehr geehrte Frau Stadträtin, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Frage:

Was gedenken Sie zu unternehmen, damit die zur Bearbeitung und Ausstellung der SozialCard innerhalb des Sozialamts notwendigen personellen Ressourcen geschaffen und der Mehraufwand an Arbeit aufgrund des steigenden Bedarfs auch im Interesse der Anspruchsberechtigten bewältigt werden können?



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Kurt Luttenberger

Dienstag, 21. April 2015

Fragestunde für die Gemeinderatssitzung am 23. April 2015

An Herrn Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl!

Betrifft: Ausweitung Naturschutzgebiete „Weststeirisches Bergland – Grazer Bergland“, „Plabutsch bei Graz“

„*Aufregung um neue Schutzgebiete*“ titelte die *Kleine Zeitung* am 13. April 2015. Thema des Aufmachers war die Unzufriedenheit der EU-Kommission über jahrelange Säumigkeit des Landes Steiermark, „Natura 2000“-Areale endlich unter Schutz zu stellen. Es geht um die vom Umweltdachverband ausgewiesenen Gebietsvorschläge der Europäischen Kommission für die Vervollständigung des Natura-2000-Netzwerkes. Auch das Grazer Stadtgebiet ist davon betroffen; konkret: Punkt 39 „Grazer Bergland“ und Punkt 46 „Plabutsch bei Graz“ (siehe beiliegende Liste des Umweltdachverbandes).

Es bedarf wohl keiner Betonung, dass die Umweltsituation in Graz (Stichworte: Feinstaub, wachsende Bodenversiegelung, Zersiedelung) besorgniserregend ist und bleibt. Ausgewiesene Naherholungsgebiete und neu zu errichtende Naturschutzzonen wären Beiträge, um die Situation wenigstens ein wenig zu entschärfen.

Aus den genannten Gründen stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

Frage

Werden Sie sich beim Land Steiermark für die rasche Umsetzung der genannten Schutzgebiete einsetzen?



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Mag.^a Uli Taberhofer

Donnerstag, 22. April 2014

Antrag

Betritt: Betreuung von Menschen mit Sammel- oder Messiesyndrom

Der Begriff „Messie“ hat sich aus der US-amerikanischen Selbsthilfebewegung der 80er Jahre entwickelt und leitet sich vom englischen Wort „mess“ für Unordnung, Chaos, Durcheinander ab. Mangels eines fehlenden geeigneteren Terminus wird in der Fachliteratur häufig auch von Vermüllungssyndrom, Desorganisationsproblematik, Diogenes-Syndrom oder auch Erledigungsblockierung gesprochen. Jemand der am Messie-Syndrom leidet, sammelt vieles und kann Gesammeltes nicht mehr loslassen. Betroffene schätzen den Wert und Nutzen verschiedener Dinge anders ein als der Durchschnitt der Bevölkerung.

Zur Entstehung des „Messie-Syndroms“ gibt es viele Meinungen und Theorien. Es zeigt sich aber, dass es nicht „die“ Ursache gibt, durch die ein Mensch zum Messie wird. Häufig ist es eine Kombination aus verschiedenen negativen Einflussfaktoren, die dazu führt, dass ein Mensch sein Leben nicht mehr selbst in der Hand hat. Das reicht von Formen der Überforderung bis hin zu psychischen Erkrankungen.

Bezogen auf die verschiedenen Erscheinungsformen lassen sich jedoch Gemeinsamkeiten festhalten:

- Unvermögen, im eigenen Lebensumfeld (Wohn- und/oder Arbeitsbereich) eine Ordnung aufrecht zu erhalten, die am Verwendungsbedarf der Gegenstände ausgerichtet ist
- Zwanghaftes Sammeln und Horten von Gegenständen mit fraglichem Nutzwert
- Unfähigkeit, sich von Unbrauchbarem zu trennen
- Im Extremfall Vermüllung des Wohnbereichs

Daraus können sich schwerwiegende Folgewirkungen für die Betroffenen ergeben:

- Soziale Isolation
- Unvermögen zur Strukturierung alltagspraktischer Verrichtungen
- Unvermögen, soziale Absprachen einzuhalten
- Erhebliche Selbstwertzweifel und Schamgefühle
- Hilflosigkeit unter dem Druck des Chaos
- Wohnungsverlust

Die äußeren Erscheinungsformen – nämlich im schlimmsten Fall verwahrloste Wohnungen – und die damit verbundenen Probleme von Betroffenen werden auch in Graz von vielen verschiedenen Berufsgruppen (z.B. Sozialarbeiterinnen oder auch VertreterInnen von anderen aufsuchenden Hilfseinrichtungen, von Hausverwaltungen, Wohnungsamt usw.), die im direkten Kontakt mit Betroffenen stehen, wahrgenommen. Im Extremfall, wenn aufgrund der vorherrschenden Unordnung größere Bereiche der Wohnung nicht mehr betretbar sind, es zur Unbewohnbarkeit der Wohnung und im Falle einer Kündigung bzw. Räumung seitens der VermietereInnen sogar zum Wohnungsverlust kommt, werden verschiedene Maßnahmen getroffen, um zumindest die Wohnungen wieder bewohnbar zu machen.

Damit enden jedoch die angebotenen Hilfestellungen. Die betroffenen Menschen selbst, mit ihren unterschiedlichen Problemen, stehen dann nicht mehr im Mittelpunkt. Sie bleiben sich selbst überlassen, ohne dass es entsprechende Hilfestellungen oder Formen der Beratung vor Ort gibt. Es wäre jedoch wichtig, eine eigene Anlaufstelle zu haben, um die Ursachen für das Messieproblem anhand der verschiedenen persönlichen Hintergründe der einzelnen Betroffenen klären zu können und eine professionelle Unterstützung anzubieten, damit sich die Situation im Wohnumfeld nicht wieder wiederholt und auch, um dazu beizutragen, dass die Betroffenen in ihren sozialen Beziehungen und in ihrem Selbstwertgefühl wieder gestärkt werden.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht zu prüfen, in welchem Rahmen bei einer oder mehreren bestehenden Beratungsstelle/n das Angebot um den Arbeitsschwerpunkt der Betreuung von Menschen mit Sammel- oder Messiesyndrom erweitert werden kann, um den Betroffenen schon sehr bald eine entsprechende fachliche Beratung anbieten zu können.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Martina Thomüller

Donnerstag, 23. 4. 2015

Antrag

Betrifft: Wiederbegrünung der Hundewiese im Augarten

Der Bezirk Jakomini ist der bevölkerungsreichste Bezirk in Graz und zugleich der an Grünflächen ärmste. So kann man sich denken, dass unsere Bewohner_innen den kleinen, aber feinen Augarten sehr schätzen – genauso, wie unsere vierbeinigen Freunde das tun. Leider ist seit meinem Antrag vor einem Jahr keine positive Änderung eingetreten. Denn seit gut zwei Jahren wurde die Hunde“wiese“ nicht mehr begrünt und wird ihrem Namen daher nicht mehr gerecht. Durch die starke Frequenz an Hunden, die tagtäglich auf der Hundewiese verkehren und – ihrem Bewegungsdrang folgend – sich dort richtig austoben, ist das Gras an vielen Stellen verschwunden und unansehnlichem Dreck gewichen. Riesige Erdlöcher sind über den ganzen Platz verstreut. Weil sie leicht übersehen werden können, stellen sie ein großes Verletzungsrisiko für Menschen dar.

Es wäre also dringend notwendig, dort wieder Rasen anzupflanzen und die Löcher im Boden aufzufüllen. Dabei sollten strapazierfähige Gräser gewählt werden, die der intensiven Nutzung besser standhalten können.

Während der Neupflanzung soll eine Ersatzfläche im Augarten bereitgestellt werden.

Daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag:

Die Wiederbegrünung der Hundezone im Augarten mit einem unempfindlichen Rasen soll so rasch wie möglich umgesetzt werden. Bis der neue Rasen angewachsen ist, soll eine entsprechende Ersatzfläche für Hunde im Augarten bereitgestellt werden.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin DI Christine Braunersreuther

Donnerstag, 23. April 2015

Dringlicher Antrag

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

unterstützt von



und



piratenpartei

Betrifft: Straßenbenennung im neuen Stadtteil Reininghaus

Mit Gemeinderatsbeschluss vom 16.11.2006 hat sich die Stadt Graz selbst die Vorgabe gegeben, bei künftigen Straßenbenennungen Frauennamen bevorzugt zu vergeben. Seither sind von 19 neuen Straßen auch 10 nach Frauen, 3 nach Männern und 6 mit sonstigem Bezug benannt worden.

Bei 10 Benennungen nach weiblichen Persönlichkeiten in beinahe 9 Jahren kann das Defizit eines Anteils von nur 2,5 Prozent Benennungen nach Frauen im Vergleich zu männlichen Persönlichkeiten (sonstige Bezüge sind hier nicht eingerechnet) jedoch lange nicht ausgeglichen werden. Daher ist insbesondere bei der Entwicklung neuer Stadtteile auf die Benennung von Straßen und Plätzen nach Frauen zu achten.

In einem gemeinsamen Antrag der Grünen-ALG, SPÖ, KPÖ und Pirat vom 12.6.2014 wurde daher in Anlehnung an die Forderungen aus dem Workshop zur Ausstellung LOST SPACE gefordert, dass im neuen Stadtteil Reininghaus die Straßen ausschließlich nach Frauen benannt werden sollen. In der Antwort auf den Antrag hat das Stadtvermessungsamt nun jedoch ausweichend mitgeteilt, „bezüglich Reininghaus sollten die erforderlichen Benennungen zu der erwartenden Gestaltung und Vorstellungen über die zukünftige Entwicklung dieses Gebietes passen“ – ohne dies jedoch genauer zu beschreiben.

Im Sinne der Herstellung von Gleichheit in der Repräsentation von Frauen und Männern wäre jedoch eine reine Benennung nach Straßen und Plätzen in Reininghaus nach weiblichen Persönlichkeiten unbedingt erforderlich. Damit würde man dem Beispiel von Wien-Aspern, mit dem

Reininghaus als Entwicklungsgebiet ja oft verglichen wird, folgen. Die Stadt Wien vergibt hier ausschließlich Frauennamen für Straßen und Plätze, um das bisherige Defizit in der Repräsentation von weiblichen Persönlichkeiten ein wenig auszugleichen.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Dringlichen Antrag

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Die Stadt Graz wird aufgrund der im Motivenbericht angeführten Gründe ersucht, bei der Benennung der Straßen in Reininghaus, angelehnt an das Modell von Wien-Aspern, ausschließlich Frauennamen zu vergeben.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Mag. Robert Krotzer

Donnerstag, 23. Mai 2015

Antrag zur dringlichen Behandlung
(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Betrifft: Verbot unbezahlter Praktika und soziale Absicherung für BerufseinsteigerInnen

Im Jänner 2015 waren in Österreich 472.539 Menschen ohne Job und damit so viele Menschen erwerbslos wie seit 1954 nicht. Arbeitslosigkeit geht für die Betroffenen einerseits mit finanziellen Sorgen, Zukunftsängsten und Stress einher, andererseits erhöht sie auch den Druck, Arbeit mit geringer Entlohnung, fehlender sozialer Absicherung und schlechten Arbeitsbedingungen anzunehmen. Davon betroffen sind nicht zuletzt viele junge Menschen, die sich trotz oftmals guter Ausbildung als Teil der „Generation Praktikum“ von Job zu Job hanteln müssen und dabei nur mäßig oder schlichtweg gar nicht entlohnt werden. Unbefristete Arbeitsverträge, die bei entsprechender Entlohnung soziale Absicherung garantieren, liegen für immer mehr junge Menschen in schier unerreichbarer Ferne.

Dass es sich dabei um keine subjektive Wahrnehmung handelt, soll hier mit zwei Zahlen unterlegt werden: Im März 2015 waren österreichweit über 20.000 Uni-AbsolventInnen arbeitslos, womit sich die AkademikerInnenarbeitslosigkeit innerhalb von acht Jahren mehr als verdoppelt hat.¹ Demgegenüber steht die Tatsache, dass die Hälfte der berufstätigen Menschen unter 30 Jahren befristete oder sogenannte freie Dienstverhältnisse hat, wie das Forschungsinstitut Forba erhoben hat.

Eine besonders unverschämte Form der Ausnutzung dieser prekären Lage von mehr und mehr jungen Menschen stellt die Zunahme unbezahlter Praktika dar. „*Monatelange Vertretungen von Beschäftigten, die in Karenz sind, zum Nulltarif, oder Lehrverhältnisse, die nach dem Praktikum in Aussicht gestellt werden und dann nach einem Monat im Weihnachtsgeschäft ohne Angabe von Gründen gekündigt werden, werden uns genauso gemeldet wie viele krass unterbezahlte Arbeitsverhältnisse und andere arbeitsrechtliche Umgebungen*“, heißt es dazu von der Gewerkschaft der Privatangestellten (GPA-djp). PraktikantInnen werden so systematisch als Arbeitskräfte eingesetzt, mit Ausbildung hat diese ausbeuterische Praxis höchstens periphras zu tun. Um den hohen Anforderungen von Unternehmen zu entsprechen oder schlicht aus purer Verzweiflung fühlen sich junge Menschen gezwungen, sich auf diesen

¹ Die gestiegene Anzahl von StudienabgängerInnen kann dabei nur ein kleiner Teil der Erklärung sein: Während diese im genannten Zeitraum um 58 Prozent angewachsen ist, stieg die AkademikerInnenarbeitslosigkeit um ganze 135 Prozent.

Deal einzulassen. Der Preis dafür ist hoch, bleibt am Ende trotz Bezahlung, die noch nicht einmal die Fixkosten abdeckt, doch vielfach anstelle der erhofften Fixanstellung nur ein Platz in der Warteschleife des nächsten Unternehmens.

Über Wochen und Monate hinweg Praktika zu absolvieren, die noch nicht einmal die Lebenshaltungskosten decken, setzt aber bereits (eine meist von den Eltern geleistete) finanzielle Unterstützung voraus. In diesem Licht sind auch die Aussagen von AMS-Vorstand Kopf zu werten, der kürzlich gegenüber dem Nachrichtenmagazin „profil“ meinte: „*Die Generation Praktikum existiert nach unseren Zahlen nicht.*“ Ein Grund zum Aufatmen ist das nicht, im Gegenteil: Gerade für Kinder aus ArbeiterInnenfamilien und jene ohne familiäre finanzielle Unterstützung ist noch nicht mal der Einstieg in die „Generation Praktikum“ leistbar. Das Problem wird hier insofern verlagert, als viele StudienabsolventInnen Jobs annehmen (müssen), die weder mit ihrer Ausbildung in einem Zusammenhang stehen, noch eine existenzsichernde Entlohnung bieten.

Graz kann als Universitätsstadt und Wohnort von zehntausenden Studierenden und StudienabsolventInnen die mit dem geschilderten Phänomen einhergehenden existenziellen Sorgen von mehr und mehr jungen Menschen nicht ignorieren. Der Gemeinderat der Stadt Graz sollte eine Vorreiterrolle einnehmen und sich für Verbesserungen der Arbeits- und Lebensbedingungen von StudienabsolventInnen aussprechen und stark machen.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung

(gem. § 18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Die Stadt Graz fordert die österreichische Bundesregierung auf, folgende gesetzlichen und politischen Rahmenbedingungen zur sozialen Besserstellung junger BerufseinsteigerInnen zu schaffen:

1. Ein **gesetzliches Verbot von Volontariaten** (unbezahlte „Praktika“), die keinen Ausbildungszweck haben und zur Umgehung von Arbeitsverhältnissen geeignet sind.
2. **Einführung eines Praktikumsgesetzes**, das Praktika, die im Rahmen einer schulischen/universitären Ausbildung vorgeschrieben sind, klar rechtlich definiert und von anderen Beschäftigungs- und Tätigkeitsformen abgrenzt. Darin müssen Standards bezüglich Arbeitszeit, Mindestentgelt, Arbeitsvertrag, Bildungsziele, Betreuungsstruktur und Praktikumszeugnis festgelegt werden.
3. Unterstützung der Forderung nach **Aufnahme von Praktika in die Kollektivverträge**: Die Aufnahme der Verwendungsgruppe „PraktikantInnen aus Fachhochschulen und Universitäten“ in die Lohn­tabelle.
4. **Job-Offensive für BerufseinsteigerInnen und Anspruch auf Arbeitslosengeld** auch für über 25-jährige StudienabsolventInnen **nach 6-monatigem arbeitslosenversicherungspflichtigem Beschäftigungsverhältnis**.
5. Schaffung eines **Stipendiensystems für Praktika im NGO-Bereich**.